

# Diskussion über Unvorstellbares

## CDU | Ukraine-Krieg beherrscht politischen Aschermittwoch

■ Von Lutz Rademacher

**Donaueschingen.** Vor zehn Jahren hatte Reinhard Müller, damals Vorsitzender des CDU-Stadtverbands Donaueschingen, den politischen Aschermittwoch ins Leben gerufen. Die Veranstaltung, die ihre Ursprünge in Bayern hat und gerne für scharfzüngige Attacken auf den politischen Gegner genutzt wird, verlief dieses Jahr anders.

Mit der Bundestagabgeordneten Gitta Connemann konnte erstmals eine Frau für den Redebeitrag gewonnen werden. Das beherrschende Thema war unter der Moderation des Stadtverbandsvorsitzenden Martin Lienhard der Ukraine-Konflikt, einige Teilnehmer kamen von Gedenkveranstaltungen. Angriffe auf die Regierungsparteien blieben weitgehend aus.

Aus Berlin in die Online-Runde zugeschaltet war der Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei. Er stellte Gitta Connemann, seit 20 Jahren Bundestagsmitglied als eine

glaubwürdige Stimme für die soziale Marktwirtschaft vor und ging auf das Hauptthema über. »Wir konnten es uns nicht vorstellen, dass Russland einfach seinen Nachbarn überfällt«, sagt er. Putin sei eine Gefahr für östliche Nachbarn, man wisse nicht, wie es

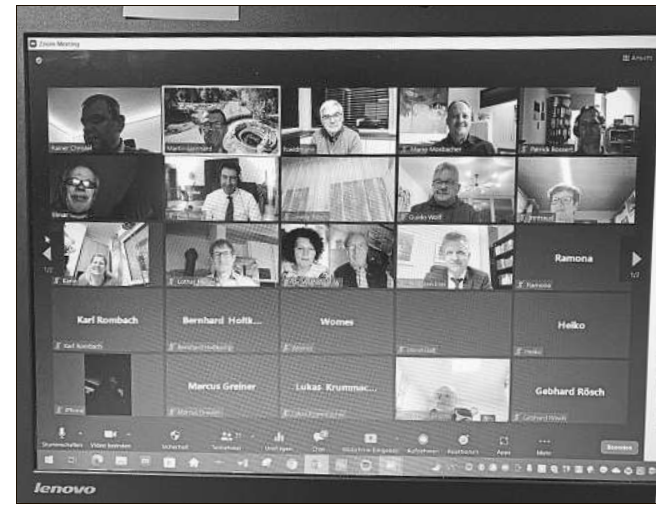


Zugeschaltet aus Ostfriesland: Gitta Connemann.

weitergeht. Putin stelle die gesamte Nachkriegsordnung in Frage. Es gelte, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden.

Auch Gitta Connemann sprach von einer »Zeitenwende« und einer »schwierigen Situation«, die uns alle fordert. Es handle sich um einen Krieg, der am Ende nicht nur die Ukraine und Russland erfasse, »sondern Europa und die Welt und damit auch uns.« Der Kampf der Ukrainer sei ein Kampf für die Werte der Demokratie des Westens. Deshalb sei in dieser Situation für parteipolitische Auseinandersetzungen nicht die Zeit. Man müsse zusammenstehen, der Ukraine den Rücken stärken.

Beindruckt sei sie von der Wehrhaftigkeit der Ukrainer. Connemann bat darum, die Ukraine finanziell zu unterstützen. Eigenaktionen seien nicht angebracht, antwortete sie auf eine Zwischenfrage. Das müsse man Hilfsorganisationen vor Ort überlassen. Parallel müsse man Flüchtlin-



Der politische Aschermittwoch des CDU-Stadtverbands Donaueschingen fand online statt. So sah das aus der Perspektive des Vorsitzenden Martin Lienhard aus, der die Veranstaltung moderierte.

Fotos: Rademacher

gen helfen, unterzukommen, sie begleiten und ihnen Zugang zum Arbeitsmarkt verschaffen.

Der Konflikt zeige, dass die Versorgungssicherheit mittelfristig neu aufzustellen sei. Dafür habe sich die CDU schon 2019 eingesetzt. Beispielsweise kämen 29 Prozent des Weizenimports aus Russland und der Ukraine. Man müsse davon abrücken, einen Teil der Agrarflächen für den

landwirtschaftlichen Anbau zu sperren.

Ferner forderte sie eine Energiepreislösung. Der Staat verdiene an den Preiserhöhungen Milliarden. Diese zusätzlichen Steuereinnahmen müsse er zurückgeben. Ein entsprechender Antrag der Union sei abgelehnt worden. Bezüglich eines EU-Beitritts solle der Ukraine der Kandidatenstatus gewährt werden.